Sitzung des Ortsgemeinderates Rüber

Am Donnerstag, 25.01.2024, findet um 19:00 Uhr, im Haus der Gemeinde in Rüber eine Sitzung des Ortsgemeinderates Rüber mit folgender Tagesordnung statt:

Über die Homepage der Verbandsgemeindeverwaltung Maifeld (www.maifeld.de) gelangen Sie über "Rathaus & Bürgerservice > Ratsinformationssystem > Bürgerinfoportal" zum Bürgerinfoportal, in dem Ihnen eine öffentliche Einladung ohne Anlagen zur Einsichtnahme zur Verfügung steht. Sie wird bei Bedarf bis zum Sitzungstag aktualisiert.

Öffentlicher Teil:

- 1) Einwohnerfragestunde
- 2) Aufstellung des Bebauungsplanes „Am Nothenberg II“ im Regelverfahren
- 3) Errichtung einer PV-Anlage auf dem Gebäude der Kindertagesstätte
- 4) Ersatzpflanzungen der Bäume vor der Kapelle
- 5) Bauangelegenheiten / Bauanträge
- 6) Wahl eines besonderen stellvertretenden Wahlleiters nach § 59 Abs. 2 Kommunalwahlgesetz
- 7) Änderung der Richtlinien zur Benutzung der Grillhütte
- 8) Erlass der Richtlinien zur Benutzung für das Backes
- 9) Vorgehensweise im Rahmen der Einführung der Grundsteuer C
- 10) Annahme sowie Einwerbung von Spenden / Sponsoringleistungen
- 11) Übertragung von Haushaltsmitteln gem. § 17 GemHVO in das Haushaltsjahr 2024
- 12) Haushaltsplan 2024 und Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024
- 13) Mitteilungen und Beantwortung von evtl. schriftlichen Anfragen

Im Anschluss an den öffentlichen Teil findet ein nicht öffentlicher Teil statt.

Rüber, 17. Januar 2024
Ortsgemeinde Rüber

MARKUS BACH
Ortsbürgermeister

Einwohnerfragestunde

Im Rahmen der Sitzung des Ortsgemeinderates Rüber am 25.01.2024 [im](#) Haus der Gemeinde in Rüber findet unter Tagesordnungspunkt 1) eine Einwohnerfragestunde statt.

Die Einwohnerfragestunde soll allen Einwohnern des Gemeindegebietes die Gelegenheit geben, Fragen aus dem Bereich der örtlichen Verwaltung zu stellen, sowie Anregungen und Vorschläge zu unterbreiten. Fragen sollen [dem](#) Ortsbürgermeister nach Möglichkeit drei Tage vor der Sitzung schriftlich zugeleitet werden.

Fragen, Anregungen und Vorschläge sollen kurzgefasst sein und einschließlich ihrer Begründung die Dauer von drei Minuten nicht überschreiten.

Eine Beschlussfassung für die Beantwortung der Fragen oder über die inhaltliche Behandlung vorgetragener Anregungen und Vorschläge findet im Rahmen der Einwohnerfragestunde nicht statt.

Ich würde mich über eine zahlreiche Beteiligung der Einwohner freuen.

Ortsgemeinderat Rüber

TOP-Nr.: 1 Einwohnerfragestunde (Rüber/840/2023)

öffentlicher Teil

Den Einwohnern wurde die Gelegenheit gegeben, über Angelegenheiten des örtlichen Bereiches Fragen zu stellen.

Ortsgemeinderat Rüber

TOP-Nr.: 2 Aufstellung des Bebauungsplanes „Am Nothenberg II“ im Regelverfahren
(Rüber/848/2024)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 4

Sachverhalt:

Der Ortsgemeinderat Rüber hat in seiner Sitzung am 17.11.2022 beschlossen, den Bebauungsplan „Am Nothenberg II“ im beschleunigten Verfahren gemäß § 13b Baugesetzbuch (BauGB) durchzuführen.

Aufgrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 18.07.2023, das die Unanwendbarkeit des § 13b BauGB bekundet, hat der Ortsgemeinderat Rüber in seiner Sitzung am 09.11.2023 das o. a. Bebauungsplanverfahren aufgehoben.

Der Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Maifeld weist für das Gebiet „Am Nothenberg II“ Flächen für Acker- und Grünlandnutzung aus. Zur wohnbaulichen Entwicklung der Ortsgemeinde Rüber wäre neben der Aufstellung eines Bebauungsplanes im Regelverfahren eine Änderung des Flächennutzungsplanes erforderlich.

Derzeit verfügt die Ortsgemeinde Rüber über keine weiteren Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan.

Im Verbandsgemeindegebiet wurden in vergangenen Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan insgesamt mehr Wohnbauflächen zurückgenommen, als an anderer Stelle im Verbandsgemeindegebiet neu ausgewiesen. Nach Recherche ergibt sich ein Überschuss an Wohnbauflächen von ca. 1,5 ha.

Zur Verwirklichung des geplanten Wohnbaugebietes „Am Nothenberg II“ könnte der zuvor genannte Überschuss an Wohnbauflächen aus den vorherigen Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan zugunsten der Ortsgemeinde Rüber verwendet werden.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Am Nothenberg II“ für das geplante Wohnbaugebiet ist dem beiliegenden Lageplan zu entnehmen.

Mit den städtebaulichen Planungsleistungen zur Aufstellung des Bebauungsplanes soll das Büro Karst Ingenieure GmbH, Nörtershausen, auf der Grundlage der Honorarermittlung vom 15.01.2024 beauftragt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten für das Bebauungsplanverfahren betragen ca. 22.000,00 EUR. Im Haushaltsjahr 2024 werden voraussichtlich 15.000,00 EUR kassenwirksam, die durch Mittelübertrag im Haushaltsplan 2024 unter der Buchungsstelle 51101.562550 bereitstehen. Die restlichen 7.000,00 EUR werden im Haushaltsplan 2025 veranschlagt.

Beschlussvorschlag 1:

Das Gremium beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes „Am Nothenberg II“ gemäß § 2 Abs. 1 BauGB für den beiliegend abgegrenzten Geltungsbereich.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung	
			einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.			z. K.	vertagt
Ortsgemeinderat Rüber	25.01.2024	Rüber/848/2024									

An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:	Ausschließungsgrund

Beschlussvorschlag 2:

Das Gremium beschließt, die Karst Ingenieure GmbH, Nörtershausen, mit den städtebaulichen Planungsleistungen zur Aufstellung des Bebauungsplanes auf der Grundlage der Honorarermittlung vom 15.01.2024 zu beauftragen.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung	
			einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.			z. K.	vertagt
Ortsgemeinderat Rüber	25.01.2024	Rüber/848/2024									

An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:	Ausschließungsgrund

Beschlussvorschlag 3:

Das Gremium beschließt, die Änderung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Maifeld entsprechend der Sachverhaltsdarstellung zu beantragen.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung	
			einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.			z. K.	vertagt
Ortsgemeinderat Rüber	25.01.2024	Rüber/848/2024									

An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:	Ausschließungsgrund

Ortsgemeinderat Rüber

TOP-Nr.: 3 Errichtung einer PV-Anlage auf dem Gebäude der Kindertagesstätte
(Rüber/849/2024)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 4

Sachverhalt:

In der Sitzung des Ortsgemeinderats vom 19.07.2022 wurde angeregt, eine Photovoltaik-Anlage auf den Dachflächen der Kita Rüber zu installieren. Dafür sollte allerdings zunächst der Anbau fertiggestellt sein.

Da der Anbau mittlerweile fertiggestellt ist, wurde nun eine PV-Anlage für das Gebäude konzeptioniert (siehe Anhang).

Eckdaten der PV-Anlage:

- 71 x schwarze Glas-Glas Module, passend zum Dach (138,6 m²)
- 29,82 kWp Leistung
- 22,1 kWh Stromspeicher
- Kostenpunkt PV-Anlage mit Umfeldmaßnahmen rund 57.000,00 EUR
- Amortisation 13,5 Jahre
- Ersparnis rd. 30.000,00 EUR in 20 Jahren Laufzeit

Vor Errichtung der PV-Anlage muss zunächst die Dachstatik von einem Statiker überprüft werden. Dies ist notwendig, um sicherzustellen, dass das Dach die zusätzliche Last der PV-Anlage tragen kann.

Unter dem Vorbehalt der positiven Dachstatik kann folgend das Ausschreibungsverfahren zur Errichtung der PV-Anlage eingeleitet werden. Von den Kosten der PV-Anlage werden schätzungsweise (grob) 30 % durch die Gemeinde Kerben erstattet, was den Haushalt der Gemeinde Rüber entlastet.

Es besteht weiter die Möglichkeit, den Speicher der PV-Anlage inkl. Umfeldmaßnahmen durch das Kommunale Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) fördern zu lassen. Im Rahmen des Förderprogramms stehen der Gemeinde 12.989,21 EUR zur Verfügung. Aus förderrechtlichen Gründen wird die Maßnahme in zwei Maßnahmenpakete untergliedert:

- 1.) Errichtung einer PV-Anlage auf der Kita
- 2.) Errichtung eines Stromspeichers für die PV-Anlage auf der Kita

Die Kosten für den Stromspeicher belaufen sich auf 12.337,40 EUR. Ein entsprechendes Angebot liegt der Verwaltung vor. Somit verbleiben 651,81 EUR, die für die LED-Umrüstung im Haus der Gemeinde genutzt werden können. Die Kosten dafür werden auf etwa 600,00 EUR geschätzt (Austausch von Leuchtmittel). Eine Verschiebung der Fördermittel zwischen den Maßnahmen PV-Anlage und LED-Umrüstung ist flexibel möglich. Auch können weitere Lampen im Bürgerhaus ausgetauscht werden, sodass die Fördermittel vollständig ausgeschöpft werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushalt der Gemeinde werden für die PV-Anlage auf der Kita 57.000,00 EUR veranschlagt. Der Haushalt kann durch das Förderprogramm KIPKI entlastet werden.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt, unter Vorbehalt der Bewilligung des Haushaltes, die Errichtung einer PV-Anlage auf den Dachflächen der Kita. Die Verwaltung wird beauftragt, die Dachstatik überprüfen zu lassen. Unter der Voraussetzung eines positiven Ergebnisses wird die Verwaltung beauftragt, das Ausschreibungsverfahren für die PV-Anlage und folgend den PV-Stromspeicher einzuleiten. Der Ortsbürgermeister Markus Bach wird bevollmächtigt, die (gesamtwirtschaftlich) mindestfordernde Firma mit der Errichtung zu beauftragen.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung	z. K.	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.					
Ortsgemeinderat Rüber	25.01.2024	Rüber/849/2024										
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund			

Ortsgemeinderat Rüber

TOP-Nr.: 4 Ersatzpflanzungen der Bäume vor der Kapelle (Rüber/844/2024)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 4

Sachverhalt:

Die Bäume vor der Kapelle (Nr. 2473- 2476) auf dem Friedhof sind zum Teil in einem schlechten Zustand bzw. verursachen starke Schäden am Pflasterbelag. In einigen Bereichen der Baumscheiben hat sich das Pflaster durch das Wurzelwachstum massiv gehoben und stellt eine Gefahrenstelle dar. Aus diesem Grund sollen diese beiden Bäume auf Wunsch der Ortsgemeinde gefällt werden. Die zwei weiteren Bäume in unmittelbarer Nähe der Kapelle sollen für ein einheitliches Bild zusätzlich gefällt werden. Die entfallenden Bäume sollen durch neue, junge Bäume ersetzt werden. Für eine Ersatzpflanzung ist es sinnvoll, die Baumstümpfe auszufräsen. Um die Fällungen sowie das Wurzelfräsen auszuführen, kann auf den Rahmenvertrag mit der Firma Herter zurückgegriffen werden. Die Kosten für die Fällungen ohne Entsorgung des Schnittguts belaufen sich auf ca. 650,00 EUR. Das Ausfräsen der Baumstümpfe würde Kosten in Höhe von ca. 220,00 EUR verursachen.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushalt 2024 stehen bei der Buchungsstelle 55301-523100 insgesamt 1.000,00 EUR zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt, die vier Bäume vor der Kapelle auf dem Friedhof zu fällen, die Baumstümpfe auszufräsen und Ersatzpflanzungen durchzuführen. Der Ortsbürgermeister wird ermächtigt, die Fällungen und das Fräsen an die Firma Herter zu vergeben.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Ortsgemeinderat Rüber	25.01.2024	Rüber/844/2024									

An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:	Ausschlussgrund

Ortsgemeinderat Rüber

TOP-Nr.: 6 Wahl eines besonderen stellvertretenden Wahlleiters nach § 59 Abs. 2 Kommunalwahlgesetz (Rüber/845/2024)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 1

Sachverhalt:

Die anstehenden Kommunalwahlen am 09.06.2024 und die etwaigen Stichwahlen am 23.06.2024 stellen die Kommunen regelmäßig vor große Herausforderungen. Dies bedeutet auch, dass nicht nur die hauptamtlichen Verwaltungen gefordert sind, sondern setzt auch ein großes Engagement einer Vielzahl von ehrenamtlichen Wahlhelfern etc. voraus. Hierfür danken wir bereits im Vorfeld.

Wahlleiter für die Wahl der Ortsbürgermeisterin / des Ortsbürgermeisters der Ortsgemeinde ist nach § 7 Kommunalwahlgesetz (KWG) die Ortsbürgermeisterin bzw. der Ortsbürgermeister, bei der Verhinderung der zur allgemeinen Vertretung berufene Beigeordnete. Nach § 50 Abs. 2 der Gemeindeordnung handelt es sich hierbei um den Ersten Beigeordneten.

Nimmt der Wahlleiter als Bewerber an der Ortsbürgermeisterwahl teil, kann er gemäß § 59 Abs. 1 KWG nicht Wahlleiter für diese Wahl sein.

In einem solchen Fall treten grundsätzlich an die Stelle des Wahlleiters die weiteren Beigeordneten, sofern sich diese nicht ebenfalls bewerben. Für den Fall, dass alle Beigeordneten sich ebenfalls bewerben oder tatsächlich verhindert sind (z.B. Krankheitsfall), ist nach § 59 Abs. 2 S. 2 KWG ein besonderer Wahlleiter sowie ein besonderer Stellvertreter durch den Ortsgemeinderat zu wählen.

Das Stimmrecht des Vorsitzenden, der nicht gewähltes Ratsmitglied ist, ruht gemäß § 36 Abs. 3 Nr. 1 GemO bei Wahlen.

Beschlussvorschlag 1:

Gemäß § 40 Abs. 5 Satz 1 2. Halbsatz GemO beschließt das Gremium, die Wahl in offener Abstimmung durchzuführen.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung z. K.	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.				
Ortsgemeinderat Rüber	25.01.2024	Rüber/845/ 2024									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund		

Beschlussvorschlag 2:

Das Gremium wählt folgendes Mitglied zur / zum besonderen stellvertretenden Wahlleiter/in nach § 59 Abs. 2 KWG:

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung z. K.	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.				
Ortsgemeinderat Rüber	25.01.2024	Rüber/845/ 2024									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund		

Beschlussvorschlag 3:

Das Gremium wählt folgendes Mitglied zur Stellvertreterin/ zum Stellvertreter der/des besonderen stellvertretenden Wahlleiters / Wahlleiterin nach § 59 Abs. 2 KWG:

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung z. K.	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.				
Ortsgemeinderat Rüber	25.01.2024	Rüber/845/ 2024									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund		

Ortsgemeinderat Rüber

TOP-Nr.: 7 Änderung der Richtlinien zur Benutzung der Grillhütte (Rüber/851/2024)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 2

Sachverhalt:

Die Richtlinien zur Benutzung der Grillhütte „Am Nothenberg“ sind veraltet und sollen neu gefasst bzw. angepasst werden. Zu diesem Zweck wurden die Richtlinien, wie in der Anlage ersichtlich, aktualisiert.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt, die Richtlinien zur Benutzung der Grillhütte „Am Nothenberg“ entsprechend anzupassen und neu zu fassen.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Ortsgemeinderat Rüber	25.01.2024	Rüber/851/2024									

An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:	Ausschließungsgrund

Ortsgemeinderat Rüber

TOP-Nr.: 8 Erlass der Richtlinien zur Benutzung für das Backes (Rüber/850/2024)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 2

Sachverhalt:

Im Jahr 2023 wurde der Steinbackofen „Backes“ in Rüber erneuert und ist nun betriebsbereit. Ab 2024 soll das „Backes“ von Privatpersonen, Vereinen oder anderen Gruppen genutzt werden. Im Zuge dessen wurden die Richtlinien zur Benutzung, wie in der Anlage ersichtlich, gefasst.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt den Erlass der Richtlinien zur Benutzung des „Backes“.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung	z. K.	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.					
Ortsgemeinderat Rüber	25.01.2024	Rüber/850/2024										

An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:	Ausschlussgrund

Ortsgemeinderat Rüber

TOP-Nr.: 9 Vorgehensweise im Rahmen der Einführung der Grundsteuer C
(Rüber/843/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 2

Sachverhalt:

Im Rahmen der Grundsteuerreform soll auch den Gemeinden ab 2025 die Möglichkeit gegeben werden, eine Grundsteuer C zu erheben. Bis dato sind im Grundsteuergesetz die Grundsteuer B (für bebaute Grundstücke) und die Grundsteuer A (für unbebaute Grundstücke) geregelt. Die beabsichtigte Neueinführung der Grundsteuer C soll den Kommunen die Möglichkeit bieten, eine höhere Steuer für baureife, unbebaute Grundstücke zu erheben.

Bei der Grundsteuer C steht die Einnahmehbeschaffung der Kommunen eher im Hintergrund. Vordergründig soll die Grundsteuer C aus städtebaulichen Gründen eingeführt werden. Hierdurch soll ein größerer Anreiz geschaffen werden, bestehende Baulücken zu schließen und baureife Grundstücke zeitnah zu bebauen. Folglich soll dadurch dem Wohnungsmangel zeitnah entgegengewirkt werden. Außerdem sollen Grundstücksspekulationen verteuert werden, da durch Investoren oftmals Grundstücke gekauft und nach einer gewissen Zeitspanne gewinnbringend veräußert werden.

Um die Grundsteuer C einführen zu können, hat die jeweilige Kommune den „besonderen Wohnraumbedarf“ festzustellen und zu begründen. Jährlich zu Beginn des jeweiligen Haushaltsjahres sind baureife Grundstücke und deren Lage zu ermitteln, in einer Karte festzuhalten und im Wege einer Allgemeinverfügung öffentlich bekannt zu geben.

Von Seiten der Fachleute wird bereits heute bemängelt, dass das vorgesehene Verfahren sehr aufwändig und bürokratisch ist. Eine Vielzahl von Fallkonstellationen ist denkbar (u. a. wie ist die Vorgehensweise, wenn der Bauantrag gestellt, aber die Baugenehmigung auf Grund der langen Bearbeitungszeit noch nicht erteilt wurde), die zu Rechtsstreitigkeiten führen können. Allein schon die notwendige Feststellung des „besonderen Wohnraumbedarfs“ ist regelmäßig angreifbar. Auch der notwendige Erfassungsaufwand der unbebauten aber bebaubaren Grundstücke, die jedes Jahr aufs Neue ermittelt werden müssen, steht in keiner Relation zu den möglichen Erträgen, die sich aus der Grundsteuer C ergeben.

Aufgrund der rechtsunsicheren Sachlage und des erheblichen Erfassungsaufwands wird von Seiten der Verbandsgemeinde Maifeld von der Einführung der Grundsteuer C abgeraten. Da die Grundsatzentscheidung aber von jeder einzelnen Kommune zu treffen ist, wird der Tagesordnungspunkt den Gremien der einzelnen Kommunen zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis, sieht aber von der Einführung der Grundsteuer C für die Ortsgemeinde Rüber ab.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Ortsgemeinderat Rüber	25.01.2024	Rüber/843/ 2023									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:								Ausschließungsgrund			

Ortsgemeinderat Rüber

TOP-Nr.: 10 Annahme sowie Einwerbung von Spenden / Sponsoringleistungen
(Rüber/839/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 2

Sachverhalt:

Nach § 94 Abs. 3 Gemeindeordnung (GemO) entscheidet der Gemeinderat über die Annahme von Spenden / Sponsoringleistungen, die der Erfüllung ihrer Selbstverwaltungsaufgaben dienen.

Die nachgenannten Spenden / Sponsoringleistungen zu Gunsten der Ortsgemeinde Rüber werden der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz gemäß der gesetzlichen Vorgabe zur Prüfung angezeigt.

Betrag in EUR	Zweck
2.350,00	Spende für das Backhaus – Backes -
1798,40	Spende für den Kindergarten, Spielsachen u. Fotoapparat

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt die Annahme sowie die Einwerbung der im Sachverhalt aufgeführten Spenden / Sponsoringleistung.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs- termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab- stimmung z. K.	vertagt
			einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.				
Ortsgemeinderat Rüber	25.01.2024	Rüber/839/ 2023									

An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:	Ausschließungsgrund
Markus Bach	§ 22 GemO

Ortsgemeinderat Rüber

TOP-Nr.: 11 Übertragung von Haushaltsmitteln gem. § 17 GemHVO in das Haushaltsjahr 2024 (Rüber/846/2024)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 2

Sachverhalt:

Nach § 17 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) besteht die Möglichkeit, Haushaltsansätze für ordentliche Aufwendungen/ordentliche Auszahlungen eines Teilhaushalts, die im laufenden Jahr nicht in Anspruch genommen werden, ganz oder teilweise ins kommende Haushaltsjahr zu übertragen, soweit im Haushaltsplan nichts Anderes durch Haushaltsvermerk bestimmt ist. Sie bleiben längstens bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres verfügbar (grds. einmalige Übertragbarkeit). Eine Übertragung von Haushaltsansätzen für Aufwendungen/Auszahlungen erhöht die Ausgabeermächtigung der entsprechenden Positionen im Folgejahr.

Die Ermächtigungen bei Ansätzen für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck bestehen, bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Bau oder der Gegenstand in seinen wesentlichen Teilen genutzt werden kann. Werden Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Haushaltsjahr nicht begonnen, bleiben die Ermächtigungen bis zum Ende des zweiten Haushaltsfolgejahres bestehen.

Da die Übertragbarkeit von Haushaltsansätzen für Investitionen gesetzlich besteht, bedarf es keiner Zustimmung des Gemeinderates. Dennoch ist der Gemeinderat zu informieren, ob und in welcher Höhe Übertragungen vorgenommen werden/wurden.

Eine Übertragung von Ermächtigungen von Aufwendungen hat zur Folge, dass der Ergebnishaushalt des kommenden Jahres zusätzlich in Höhe der übertragenen Aufwendungen belastet werden kann und sich dementsprechend das Jahresergebnis verschlechtert.

Eine Übertragung von Ermächtigungen für ordentliche Auszahlungen hat zur Folge, dass sich der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen des Finanzhaushalts um die übertragenen Auszahlungen verschlechtern kann und somit der Haushaltsausgleich im Finanzhaushalt gefährdet wird, sofern mit dem Überschuss des v. g. Saldos die ordentliche Tilgung nicht gewährleistet ist.

Eine Übertragung von Ermächtigungen für Investitionen hat zur Folge, dass die Investitionsauszahlungen den Haushaltsansatz des Folgejahres in Höhe der Übertragung übersteigen können. Dies führt zu einer zusätzlichen Belastung des Finanzhaushalts. Von daher ist nicht auszuschließen, dass Investitionskredite neu veranschlagt werden müssen.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt die Übertragung der ordentlichen Aufwands- und Auszahlungsansätze entsprechend der beigefügten Übersicht. Die geplante Übertragung der Auszahlungsansätze aus der Investitionstätigkeit entsprechend der beigefügten Auflistung wird zur Kenntnis genommen.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Ortsgemeinderat Rüber	25.01.2024	Rüber/846/2024									

An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:	Ausschließungsgrund

Ortsgemeinderat Rüber

TOP-Nr.: 12 Haushaltsplan 2024 und Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 (Rüber/847/2024)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 2

Sachverhalt:

Der in Abstimmung mit den Beigeordneten der Ortsgemeinde Rüber und der Verbandsgemeindeverwaltung erstellte Haushaltsplanentwurf 2024 und die Haushaltssatzung 2024 wurden dem Ortsgemeinderat [in der 1. Kalenderwoche 2024](#) zugestellt.

Gemäß § 97 Abs. 1 GemO erfolgte am [04.01.2024](#) die öffentliche Bekanntmachung mit dem Hinweis, dass der Entwurf der Haushaltssatzung 2024 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen zur Einsichtnahme bei der Verbandsgemeindeverwaltung Maifeld ausliegt und die Einwohner die Gelegenheit haben, innerhalb von 14 Tagen Vorschläge zum Entwurf einzureichen.

Die Einwohner von [Rüber](#) haben von der Gelegenheit zur Einreichung von Vorschlägen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2024 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen keinen Gebrauch gemacht.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt die Annahme des Haushaltsplanes 2024 sowie den Erlass der Haushaltssatzung für das Jahr 2024.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Ortsgemeinderat Rüber	25.01.2024	Rüber/847/2024									

An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:	Ausschließungsgrund